

# Alle sind fürs Zusammenleben verantwortlich

Migrationsbeirat stellt Integration in den Mittelpunkt seines zweiten Neujahrsempfangs

Von Siegfried Rüdener

Der Migrationsbeirat ist noch keine zwei Jahre alt, hat aber schon einiges auf die Beine gestellt. Dies wurde beim zweiten Neujahrsempfang des Beirats am Freitagabend deutlich. Vorsitzende Raziye Sarioglu und ihre Vorstandskollegen George Iskander und Kwame Abrefa-Abusia begrüßten in der Alten Kaserne rund 100 Gäste.

Ihre Willkommensgrüße richteten einige Beiräte in ihrer jeweiligen Landessprache ans Publikum. Wie im vergangenen Jahr hörte man auch diesmal auf einen ganz besonders: Der aus Damaskus stammende George Iskander wünschte nicht etwa auf Arabisch ein gutes neues Jahr, sondern auf einem ihm eigenen charmanten Bairisch.

Die Wertschätzung des Migrationsbeirats charakterisierte Iskander so: „Der Migrationsbeirat ist gut in der Stadt integriert.“ Integriert ist auch die aus der Türkei stammende Vorsitzende Raziye Sarioglu. Sie sagte: „Ich bin zu einem guten, gesetzestreuem Bürger geworden.“ Allerdings, fügte sie zur Erheiterung der Zuhörer hinzu: „Ich werde nie eine katholische Bäuerin oder eine schwäbische Pietistin.“

Der Migrationsbeirat sei ein Bindeglied; es gelte Brücken zu bauen zwischen Migranten und Einheimischen. Am wichtigsten sei es, Probleme zu erkennen und gemeinsam an deren Lösung zu arbeiten. Der Beirat arbeite weder im Sinne einer Theorie und schon gar nicht einer Ideologie. Sarioglu: „Wir tragen alle die Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben.“ Mit Problemen müsse bewusst und verantwortungsvoll umgegangen werden. Als



Raziye Sarioglu, Dr. Thomas Keyßner, Kwame Abrefa-Abusia, Heinz Grunwald, Mitra Sharifi Neystanak, Martin Mezger und George Iskander (von links) (Foto: cv)

nächste Aktion kündigte sie für 19. Februar vor dem Rathaus eine Lichterkette gegen Rechts an.

## Um Flüchtlinge gekümmert

Die Beirats-Vorsitzende sprach davon, dass Landshut einen Kommunikationsprozess erlebe, wie es ihn so noch nicht gegeben habe. In der Frage, wie das Problem der Flüchtlingsunterkunft gelöst werden könnte, habe der Beirat intensiv mitgeholfen. Auch Martin Mezger, Leiter der Alten Kaserne, sprach als Gastgeber wie als Koordinator des

Beirats über diese Frage. Seit vergangenen Sommer sind die Asylbewerber im Gebäude des ehemaligen Verteidigungsbezirkskommandos unweit des Jugendkulturzentrums untergebracht. Mezger: „Wir können uns dies auch künftig als geeigneten Standort vorstellen.“

Er habe großes Verständnis dafür, dass man Menschen, die in der Umgebung der beiden von der Stadt vorgeschlagenen Standorte in die Diskussion einbeziehe, sagte Mezger. Es handelt sich um das Kasernenareal und ein Gelände neben dem Gestüt an der Maximilianstra-

ße. Er sei aber hoffnungsvoll, den Bedenken und Ängsten im Gespräch begegnen zu können. Mezger über die Erfahrungen in den vergangenen Monaten: „Wir haben eine absolut friedliche Nachbarschaft.“

Am Rande des Neujahrsempfangs sagte Regierungspräsident Heinz Grunwald, die Regierung werde die Vorschläge der Stadt prüfen. Die Frage, ob er womöglich einen ganz anderen Standort im Sinn habe, beantwortete er so: „Ich nehme die kommunale Selbstverwaltung sehr ernst.“ Die Entscheidung sei offen. Eine Forderung, die sich mit Ent-

scheidungen anderer Art befasst, stellte Raziye Sarioglu auf: „Wir wollen Entscheidungen auf kommunaler Ebene mittragen.“ Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner ging auf diese Forderung in seinem Grußwort ein. Er forderte unter Beifall: „Mehr Menschen mit Migrationshintergrund ins Rathaus!“ Dabei ließ er bewusst offen, ob er meinte, dass sie in die Verwaltung oder in den Stadtrat sollten. Die Biologin Sarioglu hatte bei der Kommunalwahl 2008 als Stadträtin auf der Grünen-Liste kandidiert.

Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner lobte die Aktivitäten des noch jungen Migrationsbeirats. Zum Beispiel die Ausrichtung eines Neujahrsempfangs. Dies zeuge von Mut, Selbstbewusstsein und Tatkraft. Es sei großartig, was die rund 30 Beiratsmitglieder leisteten.

## Raus aus dem Abseits

Im Sinne der Entwicklung einer modernen Stadt sei es notwendig, Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Abseits in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu holen, sagte Keyßner. Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika habe gezeigt, dass gemeinsam ein erfolgreicher und schöner Fußball gespielt werde. „Zusammen ergab das eine Spitzenleistung.“ Dies übertrug Keyßner auf das Zusammenleben in Landshut.

Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns, sprach über Bildungspolitik und Rassismus (siehe untenstehenden Artikel). Die Musik des Abends übernahm das Duo Jazz We mit Tanja Gschossmann und ihrem Vater Georg Schott.

# „Wir lassen uns unseren Zusammenhalt nicht wegreden“

Die bayerische Beiratsvorsitzende Mitra Sharifi Neystanak wendet sich gegen Rassismus und Ausgrenzung

„Wir haben nur eine – eine gemeinsame Zukunft.“ Nur wenn alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft am Gemeinwesen teilhätten, sei ein gedeihliches Miteinander möglich, sagte Mitra Sharifi Neystanak beim Neujahrsempfang des Migrationsbeirats. Die Bambergerin Sharifi Neystanak ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY).

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft bedeute kein immerwährendes Straßenfest, sagte Sharifi Neystanak. Es sei noch viel zu tun. Es gebe aber auch viele Beispiele einer gelungenen Integration. Es habe große

symbolische und politische Bedeutung, wenn Migranten gemeinsam mit der Stadtverwaltung als Gastgeber aufträten. So werde der eingewanderte Teil der Bevölkerung als selbstverständlicher Bestandteil der Stadtgesellschaft repräsentiert.

Die AGABY-Vorsitzende beschäftigte sich aber auch mit weniger erbaulichen Dingen. Die vergangenen Monate seien für Migranten kein Zuckerschlecken gewesen. Ganze Bevölkerungsgruppen seien im Zuge der Sarrazin-Debatte ausgegrenzt und als integrations- und bildungsunwillig oder bildungsunfähig diffamiert worden. Und das nur, weil ihnen eine „falsche“ Kultur, Religion, ethnische Herkunft ja

sogar falsche Gene unterstellt würden. Wenn soziale Probleme mit offenem und biologistischen Rassismus ethnisiert und auf die Kultur bezogen würden, dann sei die Diskussion um Jahre zurückgeworfen, sagte die Bamberger Germanistin.

All dies führe zu Verzweiflung und Zorn. Dabei bleibe es aber nicht, sagte Sharifi Neystanak: „Wir lassen uns unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht von Rechten und Populisten wegreden.“ Es gebe schließlich nicht nur eine „Sarrazin-Vergiftung“, sondern auch den Bundespräsidenten, der gegen Populisten standhaft geblieben sei. Nicht zuletzt viele Bürger hätten sich für

Integration und gegen Sarrazin starkgemacht.

In der Vergangenheit hätten sich in der Integrationspolitik zwei wichtige Irrtümer breitgemacht, sagte die Vertreterin der Migranten. Zum einen fehlten Konzepte, zum anderen seien Migranten nur als Objekte statt als Akteure wahrgenommen worden. Deshalb lobte sie den nationalen Integrationsplan, der wichtige Themen benenne und Lösungsvorschläge unterbreite.

Wichtig sei es, Migranten in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Deswegen freue sie sich, dass der Landshuter Migrationsbeirat gegründet wurde, sagte Mitra Sharifi Neystanak. Die Beiräte trügen mit

ihrer Brückenfunktion zum Dialog zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung und der Stadt bei. Und sie machten den Beitrag der Migranten für das soziale und kulturelle Leben sichtbar.

Doch viele Kapazitäten würden vergeudet, weil Ausbildungs- und Berufsabschlüsse nicht anerkannt würden. Die Bildungspolitik bleibe die Achillesferse. Eine Gesellschaft aber, die ein demographisches Problem und schon jetzt Fachkräftemangel habe, müsse sich um jedes einzelne Kind kümmern. Es gehe künftig noch stärker darum, aus jedem Kind einen gut ausgebildeten und kompetenten Menschen zu machen. –rüd-

# 200 gegen Atomkraft

Bei der Kundgebung vor dem Rathaus hieß die Parole „Abschalten!“

Mit Trillerpfeifen, Trommelschlägen und Sprüchen wie „Abschalten!“ haben am Samstag an die 200 Menschen vorm Rathaus lautstark gegen Atomkraft demonstriert. Bei der nunmehr vierten Aktion „Count Down für Isar1“ beschäftigten sich Klaus Buchner und Ludwig Hartmann als Redner mit dem Thema.

Hartmann, energiepolitischer Sprecher der Landtags-Grünen, und Prof. Dr. Klaus Buchner, ehemaliger ÖDP-Bundesvorsitzender, machten sich für erneuerbare Energien stark. Beide forderten unter großem Beifall, nicht nur Isar1 abzuschalten, sondern die Atomkraft komplett zu den Akten zu legen.

Buhrufe gab es auch. Nicht für die Redner, sondern für die Atomindustrie. Hartmann hatte zuvor „Ungeheimheiten“ im Atomkraftwerk Grafenrheinfeld kritisiert. Der Vorfall werde vom Betreiber E.ON und

vom Umweltministerium heruntergespielt. Das Umweltministerium hat diese Kritik inzwischen als ideologisch motiviert zurückgewiesen. Außerdem entbehre es jeder fachlichen Grundlage. Zustimmung unter den nach Polizeiangaben rund 200 Kundgebungsteilnehmern ertete Hartmann auch mit seiner Kritik am Atomdeal der Bundesregierung.

Buchner stellte in seiner Rede einen Vergleich an: „Was damals die Priester waren, ist heute die Regierung.“ Und die Götter entsprächen den vier Atomkonzernen. Einst, so sagte Buchner, hätten Priester Menschenopfer dargebracht, um die Götter günstig zu stimmen. Heute verhalte es sich ähnlich.

Buchner sagte auch: „Jedes Stück Uran schafft Todesfälle.“ Der Atomphysiker erinnerte an die Menschen, die in den Uranminen an chemischen Vergiftungen und durch freigesetzte Radioaktivität gestorben

seien. Deutlich wandte sich Buchner gegen die Vorstellung, erneuerbare Energien würden zu stark subventioniert. Das Gegenteil sei der Fall: Immer noch würden die Atomkraftwerkbetreiber vom Steuerzahler über die Maßen unterstützt.

Kopien eines offenen Briefs an Oberbürgermeister Hans Rampf lagen in großer Auflage ebenfalls aus. Darin wird Rampf aufgefordert, sich an Demonstrationen und Mahnwachen zu beteiligen. Schließlich habe er sich im Sommer 2010 der Resolution zur Abschaltung des Atommeilers Isar1 angeschlossen. Rampf solle Druck auf die Stadtwerke und den Stromzulieferer E.ON machen und so politische Verantwortung für kommende Generationen übernehmen, heißt es in dem Brief.

Für den Rhythmus zum Aufwärmen bei Temperaturen um den Gefrierpunkt sorgte die Gruppe Pan Tao. –rüd-



Zur Kundgebung gegen Atomkraft kamen laut Polizeiangaben am Samstag etwa 200 Menschen. (Foto: rüd)